

Luigi Rosa SJ

Der Eurokommunismus der KPI und die italienischen Katholiken

Der Kampf der KPI um die Erringung der „Hegemonie“

Die gesellschaftliche Wirklichkeit Italiens wird heute in immer stärkerem Maß gekennzeichnet durch den Versuch der Kommunistischen Partei, die kulturelle und politische „Hegemonie“ im Land zu erringen, das heißt durch den Versuch, „einen intellektuell-moralischen Block zu bilden, der einen geistigen Massenerfolg im marxistischen Sinn ermöglicht“.

Nach Auffassung von *Antonio Gramsci*, dem führenden Theoretiker, auf den sich die KPI in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsphase offiziell beruft, „ist der aktive Massenmensch praktisch tätig, ohne ein klares theoretisches Bewußtsein seines Tuns zu haben, das jedoch auch eine Kenntnis von Welt ist, insofern er sich nämlich verändert“. Gramsci fährt fort: „Das theoretische Bewußtsein des tätigen Massenmenschen kann also im Gegensatz stehen zu seinem Tun. Man könnte fast sagen, daß er zwei theoretische Bewußtseinsebenen hat (oder auch ein kontradiktorisches Bewußtsein): nämlich eine, die in seiner Arbeit beschlossen ist und ihn mit allen seinen Mitarbeitern in der praktischen Veränderung der Wirklichkeit vereint, und eine andere, oberflächlich und verbal sich ausdrückende, die er aus der Vergangenheit geerbt und unkritisch übernommen hat.“ Diese Tatsache bleibt nicht ohne Folgen: die ererbte Vorstellung „bindet an eine bestimmte soziale Gruppe, beeinflußt mehr oder weniger das moralische Verhalten wie auch die Willensrichtung; das kann bis zu einem Punkt gehen, an dem die Widersprüchlichkeit des Bewußtseins kein Handeln, keine Entscheidung, keine Wahl mehr gestattet und einen Zustand moralischer und politischer Passivität hervorruft“ (*A. Gramsci, Quaderni dal carcere*, Turin 1975, Bd. 2, 1385 ff.).

Für Gramsci und die KPI ist es unerlässlich, daß im Kampf um die Erringung der „Hegemonie“ der tätige Massenmensch das politische Bewußtsein gewinnt, Teil der hegemonialen Macht der Arbeiterklasse zu sein: das heißt, es muß sich in ihm eine Bewußtseinseinheit und eine Ethik durchsetzen, die mit der das materialistische Denken von Marx kennzeichnenden immanentistischen Konzeption in Übereinstimmung steht. Das würde – so sagt Gramsci implicite, und so denken die Strategen des italienischen Kommunismus – die spontane Bildung eines geschlossenen Mehrheitsblocks erlauben; damit wäre die Voraussetzung

gegeben für die Machtübernahme auf demokratischem Weg durch die Kommunistische Partei als der „politisch organisierten Avantgarde der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen“ (Statut der KPI).

Schon *Palmiro Togliatti*, der unbestrittene Führer der KPI durch zwanzig Jahre (1944–1966), hatte diese Aktionslinie gewählt und verfolgt. Er überwand de facto die klassische Konzeption der marxistisch-leninistischen Theoretiker, für die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in enger Korrelation mit der demokratischen Regierungsform steht, und die der Meinung waren, daß nur die gewaltsame Revolution, die Zerschlagung der demokratischen bürgerlichen Strukturen und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ den Aufbau einer echten „sozialistischen“ Gesellschaft ermöglichen könnten. Für Togliatti stellte das allgemeine Wahlrecht in den kapitalistischen Ländern, bei genauer Betrachtung, einen großen Sieg für das Proletariat dar, weil es die Voraussetzungen geschaffen hatte für die hegemoniale Stellung dieses Proletariats.

Im Denken Togliattis mußte es die Aufgabe der Kommunistischen Partei in Italien sein, der Arbeiterklasse bewußt zu machen, welche Möglichkeiten sie im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Strukturen besitze, und vor allem, daß allein sie befähigt sei, die Auflösung des demokratischen Systems im anarchischen Sinn zu verhindern, weil sie eine natürliche „Homogenität“ habe und weil sie der für das Bürgertum typischen individualistischen Geisteshaltung wesenhaft fernstehe. Togliatti vertrat die Auffassung, daß „die moderne Demokratie sich nicht aufrechterhalten (also ihren unmittelbaren Zerfall in anarchischen Demokratismus nicht verhindern) kann, wenn das Proletariat seine Rolle als herrschende Klasse nicht korrekt ausfüllt, oder anders gesagt: wenn sich das Proletariat nicht selbst darstellt als jene Klasse, deren vitale Interessen und Fähigkeiten die Grundlage bilden, auf der und für die eine fähige Politikerschicht dem sozialen Gefüge in seiner Ganzheit eine wirksame und organische Führung gewährleistet“ (F. Rodano, *Sulla politica dei comunisti*, Turin 1975, 41).

Um die politische Linie Togliattis genau verstehen zu können, muß man hervorheben, daß er in seiner historisierenden marxistischen Vision offensichtlich des Glaubens war, daß die „demokratische“ Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, wenn sie einmal realisiert ist, als ein von Natur aus absolut unumkehrbares Faktum anzusehen sei.

Der derzeitige Sekretär der KPI, *Enrico Berlinguer*, einer der Hauptponenten des „Eurokommunismus“, hat in einer bedeutenden Rede in Mailand am 30. Januar 1977 bei aller Anerkennung des Umstands, daß die gegenwärtige Politik seiner Partei im Hinblick auf die Vergangenheit neue Elemente enthält, die volle Kontinuität mit ihrer historischen Tradition hervorgehoben. Er sagte: „Gramsci und Togliatti bleiben unsere großen Lehrer. Ohne ihren entscheidenden theoretischen und praktischen Beitrag wäre unsere heutige Politik weder

geboren worden noch könnte sie die Fortschritte bringen, die wir heute anstreben. Deshalb fühlen wir uns berechtigt, die Genossen einzuladen, sich die Lektüre der Schriften von Gramsci und Togliatti angelegen sein zu lassen, um daraus . . . die Methode zu erlernen, die ihnen hilft, als Revolutionäre die voranschreitende Geschichte, die sich wandelnde Wirklichkeit zu verstehen und zu erklären“ (*L'Unità*, 31. 1. 1977, 4).

Dem aufmerksamen Beobachter der politischen Wirklichkeit Italiens enthüllt sich die Position Gramscis und der Kommunisten der KPI von Togliatti bis Berlinguer in voller Klarheit als ein „nationaler“ Weg, um in Italien die Strategie Lenins zu verwirklichen, nämlich „erforschen, untersuchen, erkennen, voraussehen und sammeln, was es im nationalen Bereich an Besonderem, an Spezifischem gibt im Hinblick auf den konkreten Weg, den jedes Land einschlagen muß, um die Lösung der *einen* internationalen Aufgabe aller in Angriff zu nehmen, nämlich den Sieg über den Opportunismus und den linken Doktrinarianismus innerhalb der Arbeiterbewegung, den Sturz der Bourgeoisie, die Errichtung der Sowjetrepublik und der Diktatur des Proletariats: dies ist die Hauptaufgabe des historischen Augenblicks, den alle fortschrittlichen Länder (und nicht nur diese) durchlaufen“ (Lenin, *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, Moskau 1920).

Daß sich die KPI noch heute offen auf Lenin beruft, ergibt sich aus dem Partiestatut, das vom 14. Parteikongress (Rom, 18.–23. März 1975) verabschiedet wurde; darin ist in Artikel 5 festgelegt: „Jedes eingeschriebene Mitglied hat die Pflicht . . . b) . . . die Kenntnis des Marxismus-Leninismus zu erwerben und zu vertiefen und seine Lehren bei der Lösung der konkreten Aufgaben anzuwenden.“

Gianni Cervetti, der für die Organisation der Partei verantwortlich ist und Berlinguer sehr nahesteht, deutete am 13. Dezember 1976 auf einer Sitzung des Zentralkomitees vorsichtig die Möglichkeit einer gewissen Revision auf ideologischer Ebene an, die die KPI weniger integralistisch und den demokratischen Parteien ähnlicher machen würde, dies vor allem durch die Zustimmung zu einem gewissen Pluralismus und die Annahme neuer Werte der gesellschaftlichen Solidarität und des Respekts vor der menschlichen Persönlichkeit. Damit rief Cervetti im Zentralkomitee offenen und nahezu einmütigen Widerspruch hervor. Insbesondere Armando Cossutta, der als Mann Moskaus gilt, antwortete gebieterisch: „Wir sind anders: von einer Andersartigkeit, die uns nicht nur aus unserer Geschichte und Tradition zukommt, die uns vielmehr von der Gesellschaft selbst abgefordert wird, gerade weil wir die Kraft der Erneuerung sind. Und wir müssen anders bleiben: darin liegt unsere überzeugendste Garantie für alle, die eine andere Gesellschaft wollen“ (*L'Unità*, 15. 12. 1976, 17).

Andererseits bleibt die KPI nach innen weiterhin „getragen von den Prinzipien des demokratischen Zentralismus“ (Artikel 18 des Statuts). Ein beson-

ders charakteristisches Prinzip ist, daß „die Entscheidungen der übergeordneten Organe bindend sind für die untergeordneten Organe“ (Artikel 18 f.). Man erfaßt dieses Prinzip in seiner ganzen Tragweite, wenn man sich klar macht, daß in der KPI „die Mechanismen der realen Macht folgendermaßen funktionieren: nicht der Kongreß wählt das Zentralkomitee, sondern das Zentralkomitee ernennt den Kongreß; nicht das Zentralkomitee wählt das Präsidium, sondern das Präsidium ernennt das Zentralkomitee; nicht das Präsidium wählt das Politbüro, sondern das Politbüro ernennt das Präsidium“ (L. Colletti, *Intervista politico-filosofica*, Bari 1974, 13).

Es ist außerordentlich wichtig festzuhalten, daß jene Führer der KPI, die heute aller Welt Lektionen in Demokratie erteilen, zumeist dieselben sind, die in einer noch nicht lange zurückliegenden Vergangenheit die Verbrechen Stalins rechtfertigten und die die Rote Armee und die Gewalt als „Geburtshelfer der Geschichte“ priesen. Jedenfalls fehlt der KPI eine echte Selbtkritik im Hinblick auf ihre Vergangenheit, und es fehlt ihr auch die Einsicht, geirrt zu haben.

In seiner Mailänder Rede vom 30. Januar 1977 hat Berlinguer auch ein Urteil abgegeben über die Ereignisse der letzten Jahre seit 1917 in Rußland und den anderen osteuropäischen Ländern. Nachdem er daran erinnert hatte, daß seine Partei „gewisse illiberale Züge der politischen Regime in einigen osteuropäischen Länder“ kritisiert, erklärte er ganz offen: „Wir antworten nein, wenn man uns dazu bringen will, zum Beispiel die entscheidende historische Funktion der Oktoberrevolution, die unwiderruflichen Errungenschaften der sozialistischen Systeme, den sozialistischen Charakter der Produktionsverhältnisse, die in jenen Ländern tatsächlich und unbestreitbar realisiert wurden, und die Funktion, die diesen Ländern im Kampf um den Frieden zukommt, zu leugnen“ (*L'Unità*, 31. 1. 1977, 4).

Kurzum, die KPI, die heute in Italien um die geistige und politische „Hege monie“ im Sinn Gramscis kämpft und sich dabei wiederholt zum Pluralismus und zur Demokratie bekennt, ist mit Sicherheit immer noch eine echt kommunistische Partei traditioneller Prägung, die wie Lenin in Wort und Tat die politischen Thesen des demokratischen Sozialismus voller Verachtung zurückweist, sich als einzigen „historischen Führer“ der Arbeiterklasse betrachtet und die endgültige Eroberung der gesamten politischen Macht als letzte Zielsetzung beibehält.

Der Marxismus Gramscis und die Katholiken

Die Vorstellungen Antonio Gramscis entfernen sich sicher in vielen entscheidenden Punkten vom orthodoxen Marxismus oder doch von seiner buchstäblichen Auslegung. Es findet sich darin aber kein Anzeichen des Zurückweichens

in diesem entscheidenden Punkt: der Marxismus – in der Sprache Gramscis „die Philosophie der Praxis“ – ist eine umfassende und integrale Weltanschauung, die keiner Vervollständigung durch irgendeine andere bedarf und zu keinem Übereinkommen mit einer anderen kommen kann; sie „enthält in sich alle Grundelemente nicht nur für eine totale und integrale Weltanschauung, für eine totale Philosophie und Theorie der Naturwissenschaften, sondern auch dafür, eine integrale praktische Organisation der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen, so daß sie eine totale, integrale Zivilisation werden kann“ (A. Gramsci, *Quadrerni dal Carcere*, Bd. 2, 1434).

In der Linie Gramscis muß die Politik der KPI auf die praktische Durchsetzung einer absolut atheistischen und antireligiösen Philosophie zielen, was immer auch Gramsci selbst an Variationen der Taktik und der Strategie der Partei geliefert haben mag.

Für Gramsci, der von einem philosophischen und kulturellen Ansatz wesensmäßig idealistischer Eigenart ausging, hat das moderne immanentistische Denken zur endgültigen Aufhebung jeder religiösen Konzeption geführt. Im Mittelalter stellte sich die italienische Wirklichkeit als eine Einheit dar: die alles durchdringende Kultur erwuchs aus einer umfassenden Integration der Kultur der Gebildeten und der einfachen Menschen. Diese Integration war durch die katholische Kirche realisiert. Der „Intellektuelle“ stand in einem „organischen“ Bezug zu den Bedürfnissen der Basis der Gemeinschaft (der „einfachen“ Menschen). Seit dem Ende des Mittelalters löste sich die Kultur der Gebildeten von diesen Bedürfnissen.

Die Gegenreformation hat – immer nach der Analyse Gramscis – die Einheit zwischen dem Volk und den Intellektuellen auf der Basis einer lebendigen Erneuerung des Christentums nicht wiedergebracht. Die Gegenreformation war nur eine Summe von Disziplinarmaßnahmen, die den Verbreitungsbereich des laizistischen Geistes und der protestantischen Lehren eingrenzen sollten. Statt die Einheit zwischen den Gebildeten und den einfachen Menschen dadurch wiederherzustellen, daß man die Ungebildeten auf die Ebene der Gebildeten hinaufgehoben hätte, hemmte man die kulturelle und moralische Entwicklung der Gebildeten durch polizeiähnliche Kontrollen. So wollte man verhindern, daß sich ihre Weltanschauung allzusehr von der zur Statik verurteilten Weltanschauung der einfachen Menschen unterschied.

Die idealistische Philosophie in der italienischen Version von Benedetto Croce – die für Gramsci den Höhepunkt und die subtilste Form des modernen immanentistischen Denkens darstellt – war in ihrer Substanz tatsächlich atheistisch, verzichtete jedoch darauf, eine antireligiöse Pädagogik zu erarbeiten, die es der großen Masse des Volks erlaubt hätte, sich zum Standpunkt dieses Denkens zu erheben und zu lernen, „ohne Religion zu leben“. So hat diese philosophische Position dazu geführt, daß man auf die Wiedererrichtung einer orga-

nischen Gesellschaft auf einem immanentistischen Fundament verzichtete, und das hat die Spaltung der Gesellschaft geradezu institutionalisiert.

Das gesellschaftliche Leben zerfällt jetzt in zwei grundlegend verschiedene Bereiche, den der Kirche und den des Staats, und dieser Aufteilung entspricht in Italien die Trennung zwischen den der geistlichen Sorge der Kirche überlassenen „einfachen“ Menschen und den an der neuen Form des integral-diesseitsbezogenen Lebens teilhabenden „Intellektuellen“.

Nach der Lehre Gramscis ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei in Italien, die kulturelle Einheit auf einer in umfassendem Sinn immanentistischen und laizistischen Basis wiederherzustellen. Die katholische Kirche, die in der italienischen Gesellschaft den Platz des „organischen Intellektuellen“ besetzt, ohne dessen Funktion zu erfüllen, ist nunmehr der mit Vorrang zu bekämpfende Feind.

Der kommunistische Plan zur Zersetzung der Kirche in Italien

Seit die Kirche mit Beginn des modernen Zeitalters einer vom Volk getragenen Reformbewegung außerhalb ihres Gefüges die Stirn bieten mußte, befindet sie sich in der Defensive. Nach Gramsci führt diese Situation innerhalb der Kirche zur Trennung zwischen „Modernisten“ und „Integralisten“.

Die Modernisten erkennen deutlich, daß die ausschließlich auf den Disziplinärbereich beschränkte Reaktion gegenüber der modernen Welt eine wachsende Formalisierung des Glaubens zur Folge hat, die diesen die Kontakte zur Welt verlieren läßt. Die Integralisten auf der anderen Seite sehen mit ebensolcher Klarheit, daß eine wirkliche Reform der Kirche nicht zu erreichen ist, ohne daß dabei in einem kürzeren oder längeren Zeitraum erneut der ganze Weg durchlaufen wird, den die moderne Philosophie bis hin zum absoluten Immanentismus hinter sich gebracht hat. Der Kampf zwischen diesen beiden Positionen ist somit ein Kampf ohne Ende und ohne daß Lösungen möglich wären. Nach Gramsci muß die Kommunistische Partei auf eine Erweiterung des Grabens zwischen Integralisten und Modernisten hinwirken.

Zu Beginn des Jahrhunderts, als die Unruhe in der katholischen Kirche noch lebendiger war, machten die italienischen Idealisten nach Meinung Gramscis den Fehler, die Modernisten zum Austritt aus der Kirche zu ermuntern; sie unterschätzten den möglichen massenwirksamen Charakter der modernistischen Bewegung: die katholischen intellektuellen Rebellen sind potentiell die Avantgardisten großer Volksmassen, die auf dem Weg über den Modernismus allmählich für die moderne Kultur gewonnen werden könnten.

Ein solcher Prozeß erfordert Verständnis und Hilfe. Vom theoretischen Standpunkt aus sind die Modernisten unergiebig, vom praktischen Standpunkt

betrachtet müssen sie aber unterstützt werden, damit die Präsenz der Katholiken durch Zersetzung von innen her beseitigt wird.

Diese Strategie Gramscis ist vor allem in diesen letzten Jahren durch die KPI angewandt worden. Die KPI hat sich sogar bemüht, die Sympathie der fortschrittlichsten Elemente der neomodernistischen Bewegung für den Marxismus zu bremsen, um so zu verhindern, daß diese Spitzenreiter sich am Ende völlig von der katholischen Basis lösen und auf diese Weise nutzlos, wenn nicht sogar geradezu „kontraproduktiv“ würden.

Im Gefolge der Ideen Gramscis versucht die KPI mit allen Mitteln, den engagierten Katholiken zu der „Entdeckung“ zu verhelfen, daß sich die politische Praxis keine ihr fremden Prinzipien aufzwingen läßt; sie will sie lehren, Glaube und Politik reinlich voneinander zu trennen, und zwar nicht nur in dem Sinn, daß die Hierarchie, wie es richtig ist, die autonome Verantwortung der Laien respektieren muß, sondern auch in dem viel folgenschwereren Sinn, daß der Glaube dem politischen Handeln nichts mehr weiter zu geben habe als eine flüchtige, individuelle Inspiration.

Nach Meinung der Kommunisten werde sich so der Katholik nach und nach daran gewöhnen, in allen wichtigen Lebensfragen ohne die eigenen Glaubensüberzeugungen auszukommen, und werde so seinen Katholizismus auf schmerzlose Weise verlöschen lassen. Denn in einer Epoche, die wie die gegenwärtige auf volle Öffentlichkeit und totale Politisierung der Existenz tendiert, nähmen alle wesentlichen Fragen eine politische Dimension an und würden politische Probleme; man denke nur an den Schutz des menschlichen Lebens oder den Schutz der Familie. Die Religion werde so zu einer Privatsache reduziert und verschwinde schließlich. Auf diese Weise werde es zur kommunistischen Kulturhegemonie kommen, und der Übergang vom Katholizismus zum Kommunismus vollziehe sich ohne gewaltsame Erschütterungen.

Es ist zu unterstreichen, daß die heute fast fortlaufend von der KPI angelegten Vereinbarungen über alle politischen Probleme die Katholiken davon überzeugen sollen, daß ihr Glaube nichts bedeute im Hinblick auf das öffentliche Leben, daß er vollkommen ungeeignet sei, in die Praxis umgesetzt zu werden und sich auf der Ebene der konkreten Geschichte zu verwirklichen.

Der kommunistische Vorschlag eines „historischen Kompromisses“ mit der DC

Die Bemühungen der KPI, die Katholiken durch Übereinkünfte in Sachfragen an sich zu binden, konkretisierten sich in dem mit immer größerem Nachdruck unterbreiteten Vorschlag einer politischen Allianz mit der christlich orientierten Partei, die noch bei den Wahlen am 20. Juni 1976 fast 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigte.

Ausgehend von der Feststellung, daß eine sozialistische Gesellschaft in Italien nicht aus einer gewaltsamen Revolution hervorgehen könne, war die KPI seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Suche nach einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ im Sinn einer fortschreitenden Umwandlung nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung Italiens.

Als die Kommunisten 1973 die Ereignisse der vergangenen dreißig Jahre überdachten, wurden sie sich bewußt, daß ein solches Ziel „auf der Grundlage des puren Voluntarismus und noch so kämpferischer Vorstöße der arbeitenden Massen“ nicht zu erreichen war, sondern daß man „immer von einer Vorstellung des Möglichen ausgehen müsse, Kampfbereitschaft und Entschlossenheit mit Vorsicht und Handlungsfähigkeit verbindend“. Mit anderen Worten: das Ziel war nur erreichbar mit Hilfe der „Kraft“ der organisierten Massen und bei einem allgemeinen „Konsens“.

In drei Artikeln, die Ende September und Anfang Oktober 1973 in der offiziellen Wochenzeitung der Partei „Rinascita“ erschienen, gab der politische Sekretär der KPI, Berlinguer, offen zu, daß die organisierte Arbeiterklasse immer eine Minderheit bleibe, daß sich außerdem in der italienischen Gesellschaft der letzten dreißig Jahre die Mittelschichten auf Kosten der Arbeiterschaft vermehrt hätten. Um ein Programm tiefgreifender Reformen und radikaler sozialer Veränderungen durchsetzen zu können, „ohne weite Teile der Mittelklasse in eine feindselige Haltung zu drängen“, sei eine sorgfältige Wahl der Prioritäten und der Zeitpunkte der Veränderungen unerlässlich; man müsse so vorgehen, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert und ihre Effizienz garantiert werde. In jedem Fall erfordere die Errichtung des Sozialismus auf demokratическом Weg von seiten der Kommunistischen Partei das Bemühen um politische Bündnisse. In diesem gedanklichen Rahmen betonte Berlinguer:

1. Die Einheit der Linken sei zwar eine absolut notwendige Voraussetzung, genüge aber nicht, selbst nicht unter der Annahme, daß die vereinigte Linke 51 Prozent der Wählerstimmen erreiche; das Überleben und die Arbeitsfähigkeit einer Regierung, die das Ergebnis einer so knappen Mehrheit sei, wäre nicht garantiert.

2. Im Blick auf die möglichen von der DC gebildeten Mehrheiten dürfe man nicht von einer „linken Alternative“ sprechen, sondern nur von einer „demokratischen Alternative“, das heißt „von einer Zusammenarbeit und einer Übereinkunft der kommunistisch und sozialistisch orientierten Kräfte mit den katholischen Kräften im Volk, wie auch mit anderen demokratisch orientierten Gruppierungen“ (gemeint sind die „laizistischen“ Minderheitsparteien).

3. Unter allen demokratischen politischen Kräften verdiene das größte Interesse die DC, die in ihren Reihen oder unter ihrem Einfluß einen großen Teil der arbeitenden und katholisch orientierten Bevölkerung versammelt habe. Diese

Partei, so bemerkte Berlinguer, „ist eine nicht nicht nur wechselnde, sondern eine höchst unbeständige Realität“. Ihre Unbeständigkeit werde bestimmt „durch ihre innere Dialektik und noch mehr durch die Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich“.

In seiner Ansicht offensichtlich gedeckt durch die überragende Mehrheit der Partei, schloß Berlinguer: „Aufgabe der Kommunistischen Partei in bezug auf die DC kann es heute nur sein, die Tendenzen, die auf eine vertikale Spaltung des Landes zielen, zu isolieren und energisch anzugehen, und dafür zu sorgen, daß sich diejenigen Tendenzen immer mehr durchsetzen und schließlich vorherrschen, die von der Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs und einer Verständigung zwischen allen Kräften des Volks ausgehen; das bedeutet nicht Konfusion oder Verzicht auf Unterscheidungen und auf die ideellen und politischen Unterschiede zwischen diesen Kräften.“ Eine solche taktisch-strategische Linie zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft auf demokratischem Weg könne als der neue „historische Kompromiß“ zwischen den Kräften bezeichnet werden, „die die große Mehrheit des italienischen Volkes repräsentieren“.

Von 1973 bis heute hat sich die allgemeine politische Situation in Italien grundlegend geändert: Das „Referendum“ über die Ehescheidung am 12. Mai 1974 hat deutlich gezeigt, daß die italienischen Katholiken keine kulturell homogene Gruppierung mehr darstellen. Die Regional-, Provinzial- und Gemeindewahlen vom 15. Juni 1975 und die Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 haben beträchtliche Verschiebungen in der Wählerschaft zur marxistischen Linken hin angezeigt: die KPI ist bis zu einem Stimmenanteil von 34 Prozent der Gesamtwählerschaft gewachsen. Sie kann heute auch über die Gewerkschaften, die sie direkt oder indirekt kontrolliert, jedweder Regierung eine Hypothek aufzubürden, vor allem seit die Sozialistische Partei und die anderen demokratischen Minderheitsparteien, die jetzt sehr geschwächt sind, eine Koalition mit der DC zur Bildung einer wie immer gearteten Regierungsmehrheit ohne die Kommunisten absolut ablehnen.

Viele italienische katholische Politiker erkennen durchaus die Risiken, die ein Regierungsbündnis zwischen DC und KPI mit sich brächte. Sie wissen, daß die Kommunisten, wenn sie einmal in die Regierungsebene eingetreten wären, mit Sicherheit nicht mehr bereit sein würden, sich daraus vertreiben zu lassen; sie wissen außerdem, daß die Politik der Bündnisse und „Kompromisse“ eine typisch leninistische Politik ist.

In einer seiner berühmten Schriften (*Der linke Radikalismus, eine Kinderkrankheit im Kommunismus, 1920*) widmete Lenin das ganze achte Kapitel dem Problem der „Kompromisse“: Für die Kommunisten sei es erforderlich, in jeder einzelnen politischen Phase die Festlegung auf ein oder mehrere konkrete Ziele durchzusetzen, die geeignet seien, eine weitgehende Konvergenz der politischen Kräfte herbeizuführen – wenn nötig unter Rekurs auf Bündnisse und

„Kompromisse“. Mit diesen Kräften müsse die Kommunistische Partei zusammenarbeiten, sich jedoch bereithalten, sie zu eliminieren, wenn in der folgenden Phase die siegreichen Verbündeten sich unausweichlich entzweien und sich untereinander bekämpfen. Lenin schrieb unter anderem: „Ist es nicht ganz und gar lächerlich, Krieg zu führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, länger und komplizierter ist als der erbitterte Krieg zwischen den Staaten, und dabei von vornherein darauf zu verzichten, sich durch die Schwierigkeiten hindurchzulavieren und die Interessen-gegensätze zwischen den Feinden (und seien sie auch nur vorübergehend) auszunutzen, zu verzichten auf Übereinkünfte und Kompromisse mit möglichen Verbündeten (seien sie auch nur vorübergehend, unzuverlässig, bedingt)? . . . Man kann einen mächtigeren Feind nur mit äußerster Anspannung aller Kräfte und unter der unabdingbaren Voraussetzung besiegen, daß man mit größter Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit jeden, auch den kleinsten ‚Riß‘ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen den bürgerlichen Gesellschaften der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen und Schichten der Bourgeoisie innerhalb jedes einzelnen Landes ausnutzt und auch die kleinste Möglichkeit wahrnimmt, einen zahlenmäßig starken Verbündeten, sei er auch nur einer auf Zeit und unbeständig, untreu, voller Vorbehalte, für sich zu gewinnen. Wer das nicht verstanden hat, hat weder vom Marxismus noch vom modernen wissenschaftlichen Sozialismus im allgemeinen auch nur ein Jota begriffen.“

Für die KPI heute hat der „Kompromiß“ eine Bedeutung nicht nur für eine kurze Übergangszeit von wenigen Monaten, sondern für eine ganze historische Phase, innerhalb deren Kommunismus und Demokratie koexistieren müssen, während gleichzeitig die schmerzlose Beseitigung aller zum kommunistischen Entwurf alternativen kulturellen und politischen Positionen vorbereitet wird.

Die italienischen Katholiken angesichts der kommunistischen Strategie

Die von Gramsci vorgeschlagene Strategie zielt auf die Auslöschung des Christentums und seine Ersetzung durch die Philosophie der Praxis. Die KPI wendet diese Strategie bis heute an, wobei sie sich aller Mittel der kulturellen Einflußnahme und der geheimen Verführung bedient.

Natürlich müssen die Katholiken einer politischen Strategie Widerstand entgegensetzen, die die Voraussetzungen für einen massenhaften Abfall vom Christentum schaffen will. Aber sind sie in der Lage, dies zu tun? Gibt es für sie eine Möglichkeit zum Widerstand gegen einen Plan, der auf einer so genauen Kenntnis der Lage des Gläubigen in der zeitgenössischen Gesellschaft gründet und auch die feinsten Nuancen seiner Psychologie begreift?

Gegenwärtig bestehen und wirken in Italien verschiedene Gruppen von Gläubigen, die spüren, daß sie, insbesondere auf kulturellem und auf geistig-politischem Gebiet, der alles durchdringenden Aktion der KPI entgegenwirken müssen. Sie hoffen, daß ihre Reaktion nicht zu spät kommt. Andererseits glauben sie, daß es noch möglich ist, im Volk eine große Bewegung auszulösen, durch die die Probleme der modernen Zeit vom Glauben her erleuchtet werden könnten, indem ihre Werte erkennbar gemacht, gleichzeitig aber der Christ davon abgehalten würde, völlig in einer immanentistischen Denkweise aufzugehen; und sie glauben, daß es durch eine solche Bewegung gelingen kann, eben die Glaubenslosigkeit als Ursache der Krise aufzuweisen, die ihr Land erschüttert.

Diese Christen wollen keine neue Partei gründen. Sie wollen der gemeinsamen religiösen Erfahrung wieder Festigkeit verschaffen, ihr Einheit von Theorie und Praxis, von Glaube und Tat zurückgeben. Sie wollen die Identität der Christen wieder sichtbar machen. So glauben sie, erneut fähig zu werden, den Gemeinsinn der Volksmassen anzusprechen, ihre Bedürfnisse zu verdeutlichen, an ihrem Los teilzuhaben und in entschiedenen, klaren Begriffen ihr eigenes Angebot zu machen.

Diese Gruppen von Gläubigen hoffen, Verbündete oder mögliche „Gesprächspartner“ unter jenen Vertretern der demokratischen und sozialistischen Position zu finden, die keine Weltanschauung verfechten, die sich als Alternative zur christlichen versteht.

Sie hoffen schließlich, daß, wenn nur die Katholiken sich ihrer eigenen kulturellen Identität bewußt werden, die von der KPI übernommene Strategie Gramscis die Widersprüche innerhalb der Kommunistischen Partei zu Tag fördern und zum Ausbruch bringen wird. Solche Widersprüche bestehen, seit diese Partei vorgibt, gleichzeitig und im selben historisch-politischen Kontext die auseinanderstrebenden Optionen ihrer verschiedenen Weggenossen, die die kommunistische „Hegemonie“ akzeptierten, verwirklichen zu können.